

Harald Müller

# Weltpolitische Wasserscheide:

Atomtests in Südasien und die Folgen

HSFK-STANDPUNKTE 3/1998



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

Südasien ist in einen atomaren Rüstungswettlauf eingetreten. Die Detonationen auf dem Subkontinent sind ein historisches Ereignis, dessen Tragweite sich mit dem des Falls der Berliner Mauer vergleichen läßt. Leider lautet diesmal die Richtung nicht Frieden und Zusammenarbeit, sondern im Gegenteil Konflikt und Kriegsgefahr. Weitreichende weltpolitische Konsequenzen sind zu befürchten, von denen auch europäische Verhältnisse, vor allem in der Rüstungskontrolle und Abrüstung, in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn nicht schnell energische Schritte unternommen werden, um den drohenden Schaden zu begrenzen, werden die Anstrengungen, internationale Sicherheit durch Vereinbarungen statt durch nationale Rüstungsanstrengungen zu gewährleisten, scheitern.

### **Was hat Indien getestet, was werden die nächsten Schritte sein?**

Aus den bisherigen Verlautbarungen Indiens läßt sich schließen, daß wahrscheinlich drei unterschiedliche Sprengkopftypen zur Explosion gebracht wurden. Als sicher ist anzunehmen, daß einer davon für die Mittelstreckenrakete Agni bestimmt ist. Sie hat eine Reichweite von 2500 km und deckt damit nicht nur alle wichtigen Ziele in Pakistan ab, sondern ist auch in der Lage, Bevölkerungszentren in China zu erreichen. Wir dürfen weiter vermuten, daß Indien eine Bombe für seine nuklearfähigen Bomber-Flugzeuge britischer und sowjetischer Herkunft entwickelt hat. Luftgestützte Kernwaffen bieten den Vorteil der Flexibilität und Rückrufbarkeit und sind für taktische wie für strategische Zwecke geeignet. Alle bisherigen Atomkräfte haben derartige Waffen entwickelt (Großbritannien ist der erste Kernwaffenstaat, der sich zum Verzicht auf atomare Fliegerbomben entschieden hat). Sollte Indien tatsächlich ein drittes Design getestet haben, so scheint es mehrere Verwendungsmöglichkeiten zu geben. Eine wäre die Bestückung der Kurzstreckenrakete Prithvi mit einer Reichweite von maximal 300 km. Diese Rakete soll bereits entlang der pakistanisch-indischen Grenze stationiert worden sein, wo sie taktische Aufgaben wahrnehmen könnte. Denkbar wären auch nukleare Artilleriegeschosse, die zur Blockade der Zugänge über den Himalaja eingesetzt werden könnten, also zur Abwehr eines chinesischen Angriffs. Es wird noch einige Zeit dauern, bis diese Frage beantwortet sein wird. Indien hat angegeben, eine thermonukleare Waffe und einen Sprengkopf mit sehr niedriger Sprengkraft gezündet zu haben. Einige Experten bezweifeln, ob Indien wirklich eine Wasserstoffbombe gezündet hat oder ob es sich stattdessen um eine sogenannte fusionsverstärkte Kernwaffe ("boosted weapon") gehandelt hat. Bei letzterem Typus wird in einen Plutoniumsprengsatz wenige Gramm Deuterium-Tritium-Gemisch (zwei relativ seltene Wasserstoffisotope) eingeführt. Bei der Fusion von Tritium mit Deuterium entstehen zusätzliche freie, schnelle Neutronen. Während der Energieertrag des Fusionsprozesses nur unwesentlich zur Sprengkraft der Waffe beiträgt, dienen die freigesetzten Neutronen dazu, das Spaltmaterial (Plutonium) mit höherer Wirksamkeit auszubeuten: Sie spalten Kerne, die bei der normalen, auf das Plutonium selbst begrenzten Kettenreaktion passiv geblieben wären. Auf diese Weise läßt sich die Sprengkraft einer gegebenen Menge Spaltmaterial um das Doppelte bis Zehnfache steigern oder alternativ eine angestrebte Sprengkraft mit weniger Material erzielen. Eine wirkliche thermonukleare Waffe hingegen ist eine komplexere Anordnung, bei der die radioaktive Strahlung einer Kernspaltungs-Explosion eine größere Menge Deuterium und Tritium zur Kernverschmelzung veranlaßt und diese Reaktion einen erheblichen Beitrag zur Energieabgabe der Waffe leistet. Es ist ungewiß, ob die indischen Wissenschaftler und Ingenieure in ihren Studien bereits so weit fortgeschritten sein konnten. Bisher nahmen technische Experten an, daß mehrere Tests nötig seien, um diese Technik zu beherrschen.

Als Ergebnis der Tests wird Indien jedenfalls in der Lage sein, ein flexibles und ausgefächertes Arsenal in Dienst zu stellen. Indien besitzt vermutlich bereits heute Vorräte an Spaltmaterial, die für mehr als 100 Waffen ausreichen. Seine nukleare Infrastruktur umfaßt Konversionsanlagen, Brennelementefabriken, Forschungs- und Leistungsreaktoren, Schwerwasseranlagen, Wiederaufarbeitung und eine Pilot-Anreicherungsanlage sowie einen experimentellen Brutreaktor. Diese Anlagen wurden in indischer Regie gebaut und unterliegen keinen internationalen Kontrollen. Die Plutoniumproduktion der beiden für militärische Zwecke eingesetzten Forschungsreaktoren wird für ausreichend gehalten, um bis zu 15 Waffen pro Jahr herzustellen. Wieviel für Fusionsprozesse geeignete Wasserstoffisotope produziert worden sind, ist nicht bekannt.

Die pakistanische Antwort läßt sich aufgrund der vorliegenden Daten nur unter noch größeren Schwierigkeiten abschätzen. Man ist aber auf der sicheren Seite mit der Annahme, daß es sich auch hier mindestens um einen Raketensprengkopf und einen Sprengsatz für eine Fliegerbombe gehandelt hat. Einem nuklearen Rüstungswettlauf in Südasien steht damit nichts mehr im Wege.

## **Der Konflikt in Südasien**

Die Saat für den Konflikt auf dem indischen Subkontinent wurde in der Kolonialzeit gelegt. Die englische Kolonialverwaltung spielte die ethnischen und religiösen Differenzen zwischen den Völkern des Subkontinents aus, um eine möglichst reibungslose Herrschaft zu gewährleisten. Die Moslems waren privilegiert. Sie mußten befürchten, nach der Unabhängigkeit diese Privilegien in einem mehrheitlich von Hindus besiedelten Staat zu verlieren. Folgerichtig stellte ihre Führung den Anspruch auf einen eigenen Staat, der von den scheidenden Kolonialherren auch erfüllt wurde. Die Völkerwanderungen von Moslems und Hindus aus und nach Indien und Pakistan waren eine von Massakern begleitete, dramatische Leidensgeschichte.

Seither kennzeichnen zwei grundlegende Spannungen das indisch-pakistanische Verhältnis: ein territorialer Streit und der Widerspruch in der jeweiligen Staatsideologie. Der Territorialkonflikt betrifft die Hochgebirgsregion von Kaschmir. Ihr Verbleib war am Ende der britischen Kolonialherrschaft ungeklärt. Obwohl die Bevölkerungsmehrheit dem Islam anhängt, schloß sich der hinduistische Herrscher Indien an. Im folgenden Krieg fiel der nördliche Teil an Pakistan, der südliche, weitaus größere, verblieb bei Indien. Ein von den Vereinten Nationen gefordertes Referendum in ganz Kaschmir verweigert Indien seither beharrlich.

Eine vollständige Integration Kaschmirs in die Indische Union gelang nie. Im Gegenteil, als eine jüngere, gebildete Generation in den siebziger und achtziger Jahren nach mehr regionaler Autonomie verlangte, schränkte die Zentralregierung wesentliche demokratische Rechte in der Provinz ein und griff zunehmend zu polizeilichen Maßnahmen, um die vermeintlichen Sezessionsgelüste der moslemischen Kaschmiris im Keim zu ersticken. Wie zu erwarten war, radikalisierte sich der Widerstand und zog die Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst sowie Veteranen des Afghanistankriegs an. Der Protest wurde zusehends gewaltsamer und islamisch-fundamentalistischer. Die indischen Sicherheitskräfte reagierten mit extremer Härte. Menschenrechtsverletzungen wurden alltäglich. Pakistan, wo der religiöse Faktor sich gleichfalls zunehmend politisch bemerkbar macht, verstärkte seine Unterstützung für die islamischen Rebellen in Kaschmir. Auf dem Siachen-Gletscher, einem abgelegenen Hochgebirgsgebiet von etwa tausend Quadratkilometern, auf dem der Verlauf der Waffenstillstandslinie nie geklärt wurde, kam es wiederholt zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Streitkräften Indiens und Pakistans, die die beiden Länder an den Rand eines Krieges brachten.

Der zweite Spannungsgrund sind die unterschiedlichen Staatsideologien. Pakistan versteht sich als Staat der indischen Moslems; Indien definiert sich als säkularer Staat aller Inder, einschließlich der 120 Millionen Anhänger des Propheten. Mahatma Ghandi, der indische Staatsgründer, bekämpfte den moslemischen Separatismus entschieden. Seine Partei, die Kongreßpartei, die Indien die meiste Zeit seit der Unabhängigkeit regiert hat, folgte seiner Einschätzung. Aus Sicht Indiens dürfte es Pakistan eigentlich nicht geben, aus pakistanischer ist die Existenz Indiens eine fundamentale Herausforderung. Dieser Gegensatz verschärft sich durch den Vielsprachen/ Vielvölkercharakter beider Länder, die die Zentralen zu dem Versuch zwingen, die Vielfalt durch den Appell an die Staatsideologien zusammenzuhalten. Dabei wird auch die Beschwörung des Feindbilds, die Projektion innerer Spannungen auf den Außenfeind, immer wieder als Herrschaftsinstrument mobilisiert, nicht zuletzt, wenn es für die Regierungen gilt, vom eigenen Versagen abzulenken.

Seit den späten achtziger Jahren artikuliert sich in Indien verstärkt ein neues Staatsverständnis: Indien als nationales Land der Hindus. Damit ist ein neues politisches Identitätsangebot auf dem Markt, das dem pakistanischen exakt entspricht. Leider trägt dies jedoch nicht zur Milderung des Konflikts bei, sondern verschärft ihn noch.

## Die Rolle Chinas

China ist in diesem Machtspiel in doppelter Weise wichtig. Zum einen mißt sich Indien an dem anderen asiatischen Koloß. Es beansprucht dieselbe Weltmachtstellung, die die Welt China - gleichsam als Vorschuß auf seine künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung - schon heute zubilligt. Neu Delhi möchte im übrigen den Subkontinent frei vom Einfluß Chinas halten. Der verlorene Krieg von 1962 wirkt auch noch nach sechsunddreißig Jahren traumatisch. Für viele Inder - vor allen Dingen aus dem nationalistischen Lager - ist die wachsende Stärke Chinas eine Bedrohung der nationalen Sicherheit, ganz bestimmt aber der indischen Machtansprüche. Diese Kreise haben immer argumentiert, die nukleare Option Indiens sei gar nicht gegen Pakistan gerichtet, sondern diene der Rückversicherung gegen mögliche chinesische Pressionen.

Diese Befürchtungen nährten sich noch aus der zweiten Rolle Chinas, nämlich seiner Stellung als quasi-Bündnispartner Pakistans. In gewisser Weise handelt es sich hier um eine Erblast aus dem Kalten Krieg. Das formal neutrale Indien neigte in dieser Periode stets stärker den Positionen Moskaus zu und war seit 1971 mit der Sowjetunion durch einen Freundschaftsvertrag verbunden, der auch eine militärische Zusammenarbeit einschloß. Da China und die Sowjetunion verfeindet waren, bot sich Pakistan an, um Indien als sowjetischen Bündnispartner wenigstens teilweise zu neutralisieren. China betrieb eine intensive militärische Zusammenarbeit mit den Pakistanis. Amerikanischen Quellen zufolge schloß dies zumindest zeitweise auch eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit ein. Daß dies die indischen Besorgnisse gegenüber China nicht gerade entkräftete, versteht sich von selbst.

## Warum hat Indien getestet?

Die indische Regierung hat gravierende Sicherheitsprobleme als Motiv für ihre Handlungen zitiert. Nun ist aber festzustellen, daß die Sicherheitslage in Südasiens im wesentlichen das Produkt indischer Politik ist. In den achtziger Jahren hat Indien gezielt seine Nachbarn einzuschüchtern versucht. In den Bürgerkrieg in Sri Lanka wurde massiv interveniert, wobei die Zustimmung der zeylonesischen Regierung mehr erzwungen als erbeten wurde. Die Regierung in Neu-Delhi beugte sich dem Druck der tamilischen Kräfte in dem Bundesstaat von Tamil Nadu im Südosten des Subkontinents, die Verwandten auf der nahen Insel zu unterstützen. Allerdings scheiterte die indische Intervention daran, daß sich die tamilischen "Befreiungstiger von Elam" auch von den vermeintlichen Unterstützern ihre Handlungsfreiheit nicht beschneiden lassen wollten und die indischen Truppen selbst zur Zielscheibe ihrer Angriffe wurden. Sri Lanka büßte seine - in indischer Sicht - unzureichende Kooperationsbereitschaft damit, daß der wichtigste Handelspartner das bilaterale Wirtschaftsabkommen nicht erneuern wollte. Indien bewies seine Fähigkeit zur Machtprojektion im regionalen Rahmen einmal mehr bei der Intervention auf den Malediven, wo es die Ergebnisse eines Putsches rückgängig machte und die vorherige Regierung wieder einsetzte. Die Nachbarn Bangladesch und Nepal bekamen die indische Macht negativ zu spüren: Indien zweigte größere Volumen des Wasser des Ganges ab, um das versandende Hafenbecken von Kalkutta schiffbar zu halten. Die Unberechenbarkeit des Wasserflusses - der Ganges ist die Lebenslinie Bangladeschs - richtete dort großen wirtschaftlichen Schaden an. Indien weigerte sich, mit dem Nachbarn über ein gerechtes Wasser-Teilungsregime zu reden. Überdies versuchte Indien durch hermetische Schließung der Grenzen, der Einwanderung aus Bangladesch in den Bundesstaat Assam einen Riegel vorzuschieben. Indische Grenztruppen schreckten dabei auch nicht vor Übergriffen jenseits der Grenze zurück. Nepal erregte das Mißfallen Neu-Delhis durch Waffenkäufe in China und sah sich daraufhin einem Wirtschaftsboykott ausgesetzt. Über die Verschlechterung der Lage in Kaschmir wurde schon gesprochen. Als Folge vermehrten sich die Spannungen auch mit Pakistan. 1990 kam es auf dem Siachen-Gletscher im Karakorum zu anhaltenden Feuergefechten, ein Krieg schien bevorzustehen, wurde aber infolge intensiver diplomatischer Bemühungen der Vereinigten Staaten abgewendet. Indien weigerte sich rundheraus, über Fragen regionaler Sicherheit und Politik im multilateralen Rahmen zu sprechen. Getreu der Parole aller imperialen Mächte "Teile und Herrsche" zog es Indien vor, sein Übergewicht jeweils in bilateralen Beziehungen zur Geltung zu bringen.

Die achtziger Jahre sahen also ein ständig demonstrativeres Muskelspiel des südasiatischen Giganten. Zugleich entwickelte sich die innenpolitische Lage negativ. Der ständig korrupter und immobiler werdenden Kongreßpartei-Bürokratie brach die Unterstützung weg. Die wirtschaftliche Stagnation führte zu ständig wachsender Unzufriedenheit und nährte separatistische Neigungen in den besonders benachteiligten Gebieten und Völkerschaften. Der Versuch äußerer Machtentfaltung folgte der klassischen Strategie, von innerem Versagen durch eine um so forschere Außenpolitik abzulenken.

## **Indische Wirtschaftsreformen und Außenpolitik in den neunziger Jahren**

Die Regierung Rao machte nach 1990 mit dieser Politik einen radikalen Schnitt. Zu Lasten der Wirtschaftsbürokratie und entsprechend gewachsener Pfründe wurde ein Liberalisierungsprogramm eingeleitet. Diese wirtschaftlichen Reformen haben der indischen Wirtschaft einen ungeahnten Aufschwung gebracht. Die Märkte wurden geöffnet, die berüchtigte Bürokratie, die wirtschaftliche Aktivitäten nach allen Mitteln der Kunst behinderte, wurde zurückgedrängt. Indien erlebte ein ungeahntes Wirtschaftswachstum (im Schnitt über 7% in den letzten fünf Jahren) und einen Zustrom auswärtiger Investitionen. Sein modernster Sektor, die Software-Entwicklung und -produktion, hat in den letzten zehn Jahren mit einem jährlichen Exportwachstum von 50% aufgewartet.

Unter den Premierministern Gowda und Gujral ergänzte Indien seine innere Reform durch eine Entspannungspolitik mit allen Nachbarn: Grenzregelungen mit China, ein Abkommen über die Nutzung des Ganges-Wassers mit Bangladesch, neue Handelsabkommen mit Nepal und Sri Lanka wurden abgeschlossen. Mit Pakistan wurden Gespräche vereinbart, die sogar die strittige Kaschmirfrage einschließen sollten. Das Gipfeltreffen der regionalen Organisation für Zusammenarbeit SAARC vom Mai 1997 war geradezu ein Aufbruch in eine neue Ära regionaler Verständigung. Die letzten Jahre sahen demnach eine dramatische Verbesserung der Sicherheitslage Indiens, vor allem durch die kluge indische Diplomatie. Auch begann Indien auf amerikanische Einladung hin die militärische Zusammenarbeit mit den USA, die u.a. hochrangige Militärkontakte und gemeinsame Flottenübungen umfaßte. Auf diese Weise hätte eine ständig engere Kooperation eingeleitet werden können, die - ohne zu einer formalen Allianz zu führen - das amerikanische Interesse an der Sicherheit Indiens für alle Welt offenkundig gemacht hätte. Es ist also keineswegs so, daß sich die Sicherheit Indiens dramatisch verschlechtert hätte und die nationale Sicherheit nur durch den schnellen Aufbau eines Kernwaffenarsenals hätte gewährleistet werden können. Wenn die internationale Lage also nicht als überzeugende Begründung erhalten kann, empfiehlt es sich, den Blick auf die indische Innenpolitik zu richten.

## **Die Polarisierung der indischen Innenpolitik**

Dort verschärften sich im letzten Jahrzehnt die sozialen, religiösen und regional-ethnischen Fragmentierungen der indischen Gesellschaft und begünstigten den Aufstieg der radikal-nationalistischen, hinduistisch-fundamentalistischen BJP und noch radikaleren Gruppierungen wie der Shiv Shena, der Vishwa Hindu Parishad und der Rashtriya Swayamsevak.

Die Kongreßpartei wirkt nicht mehr als Klammer um die Spaltungen des indischen Kastenwesens. Ein Teil der privilegierten Kasten, die ihre Position durch die Quotenpolitik zugunsten der Unberührbaren angegriffen sah, wanderte zu den Hindu-Fundamentalisten der Bharatiya Janata Party (BJP) ab. Die Unterschichten, abgestoßen durch die Korruption des Kongreß und alarmiert von der Kastenpolitik der Hinduisten, schlug sich auf die politische Linke, wo sie ihre Interessen besser gesichert sehen als bei einer ständig schwächeren und zerstrittenen Kongreßpartei. Damit verschärft sich der gesellschaftspolitische Konflikt. Die Hinduisten versuchen, die von der Modernisierung Gefährdeten und Frustrierten aufzusammeln und unter dem Banner eines aggressiven, religiös fundierten Nationalismus neu zu einteilen. Der Sturm auf die Babri-Moschee von Ayodhya im Dezember 1992 war das Fanal, mit dem der Feind gekennzeichnet wurde: die moslemischen 12% der indischen Bevölkerung und die feindlichen Verwandten in Pakistan. Die BJP ist gegen jede Konzession an "Minoritäten"; d.h. sie lehnt auch Zugeständnisse in Kaschmir ab. Sie wendet sich gegen die wirtschaftliche Öffnung, sogar gegen die Mit-

gliedschaft in der Welthandelsorganisation und verlangt nach atomarer Aufrüstung. Im Unterschied zu anderen fundamentalistischen Bewegungen tut sie sich jedoch schwer, die unteren Schichten der indischen Gesellschaft zu mobilisieren. Denn zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Credo gehört die Kasten-Hierarchie, d.h. die Privilegien der Brahmanen und Radschputs und die Ausgrenzung der "Unberührbaren".

Die BJP ist Sammlungsbewegung der Modernisierungsgeschädigten und derjenigen, die ihren Platz in der Gesellschaft gegen die Gefährdungen des sozialen Wandels sichern wollen. Die Wirtschaftsreformen haben in die stagnierende indische Gesellschaft eine beispiellose soziale Mobilität eingeführt. Gewachsene Besitzstände sind in Gefahr. Zahlreiche Inder von der unteren Mittelschicht bis in die Reihen der Brahmanen sehen sich in ihrem Status verunsichert. Die BJP berücksichtigt ihre Interessen mit ihrer orthodox-hinduistischen Ideologie, die die Stärkung des Kastenwesens, also einer sprichwörtlichen Immobilisierung der gesellschaftlichen Schichtung, propagiert. Sie nutzt die paranoiden Ängste vor Moslems, Chinesen und "dem Westen" aus, sie befürwortet den Protektionismus und einen hochgerüsteten Staat, sie grenzt aus und stigmatisiert ihre Feinde - damit trägt die BJP viele Charakterzüge, die aus dem europäischen Faschismus bekannt sind. Auch in Indien geht es darum, die Macht in einem fragmentierten Staat zusammenzuhalten; denn außer den sozialen und religiösen Spaltungen droht auch der Separatismus: In Ostindien (Nagaland, Bodoland), in Kaschmir und sogar im zentralindischen Jharkand fordern Minderheiten eigene Staaten.

Indien steht damit (ähnlich wie China) an einer dramatischen Wegscheide: Entweder es setzt Reformen durch, versucht auf der Basis einer prosperierenden Mittelklasse durch soziale Reformen die Armut zu vermindern und die "Unberührbaren" zu integrieren, entzieht durch vorsichtige Dezentralisierung dem Separatismus den Boden, pflegt mit den Nachbarn wirtschaftliche Integration und politische Kompromisse und führt die Einbindung in die Weltwirtschaft weiter; das war der Weg der Gujral-Koalition. Oder es schlägt den Weg der BJP ein, d.h. stärkere Zentralisierung und innere Repression, Wirtschaftsprotektionismus und aggressive Außen- und Rüstungspolitik.

Im Westen ist diese geschichtlich bedeutsame Wende gar nicht richtig wahrgenommen worden. Man verhält sich so, als sei das Indien der BJP mit dem Kongreß-Indien, wie wir es seit den vierziger Jahren kennen, identisch. Das ist nicht der Fall. Natürlich hat auch die Kongreß-Partei die nukleare Option erst geschaffen und dann verteidigt. Die Ambivalenz indischer Abrüstungsrethorik einerseits und deutlicher Großmachtambitionen andererseits hat Tradition. Die Wahrung der nuklearen Option hat in den letzten Jahren deutlich Priorität erhalten. Die Weigerung Indiens, dem Teststoppvertrag beizutreten, war hierfür das deutlichste Zeichen.

Die Ideologie der BJP ändert jedoch völlig den Kontext, in dem Indien seine Nuklearpolitik betreibt. Innerhalb der BJP gibt es starke Elemente, die machtbesessen und religiös-fanatisch sind. Sie sehen auf die Nachbarn mit Verachtung herab und verlangen für Indien einen "Platz an der Sonne", d.h. eine unumstrittene regionale Vormachtstellung und den gleichen Rang wie China, die USA oder Rußland. Wenn ein historischer Vergleich erlaubt ist: Die BJP denkt wilhelminisch, aber mit einem religiös-fanatischen Überbau, der den nationalistischen Ehrgeiz ihrer Führer eher noch gefährlicher erscheinen läßt. Die BJP verspricht seit Jahren, Indien zur Atommacht zu machen, die moslemische Minderheit in die Schranken zu verweisen, keine Kompromisse hinsichtlich Kaschmir einzugehen und den pakistanischen Nachbarn zu zeigen, wer die stärkere Kraft auf dem Subkontinent ist. Es geht bei der heutigen indischen Kernwaffenpolitik deshalb nicht in erster Linie um Sicherheit, Status oder Prestige, wie die überwältigende Mehrheit westlicher Kommentare mutmaßte. Es geht vielmehr - viel gefährlicher - um Kernwaffen als Instrumente von Machtpolitik.

Aus den letzten Parlamentswahlen ging die BJP mit 26% der abgegebenen Stimmen als stärkste Kraft hervor, allerdings weit unterhalb der erforderlichen Mehrheit der Sitze. Die Koalitionspartner, auf die sie angewiesen ist, verwehren ihr eines der wichtigsten Instrumente, um ihre Anhängerschaft zugleich zu mobilisieren und zufriedenzustellen: eine konsequente Unterdrückung der moslemischen Minderheit. Damit blieb der BJP-Regierung nur noch, das Versprechen zu verwirklichen, Indiens Weltmachtstatus und seine regionale Vormachtstellung zu stärken. Von diesem Appell an die nationalen Gefühle konnte die Regierung nach allen öffentlichen Umfragen nur profitieren. Die BJP hatte im Wahlkampf angekündigt, Indien zum Kernwaffenstaat zu machen. Niemand darf angesichts der innenpolitischen Lage verwundert sein, daß die Regierung dieses Versprechen wahr machte.

Die BJP ist kein monolithisches Gebilde, sondern eher eine Sammlungsbewegung. In ihr gibt es gemäßigte Stimmen, die gerade durch den gegenwärtigen Premier Vajpayee vertreten werden. Für den Wahlkampf hatte die Partei mancher wilden Parole abgesagt und "Kreide gefressen". Das ist eine typische Taktik radikaler Parteien auf dem Weg zur Macht. In der nun ausgelösten Dynamik werden aber nicht die Gemäßigten den Ton angeben. Die BJP kann ihre Basis nur dann nennenswert erweitern, wenn sie die indische Gesellschaft unter nationalistischen Parolen polarisiert und dabei ihre Anhängerschaft in die politische Mitte vortreibt. Dies wird nur dann möglich sein, wenn das Feindbild Pakistans nach außen und der moslemischen Minderheit Indiens nach innen immer schärfer akzentuiert wird. Zugleich wird Innenminister Advani darum kämpfen, den eigenen Einfluß innerhalb der Partei gegenüber den Moderaten auszuweiten. Er wird seinerseits getrieben durch die noch radikaleren hinduistischen Elemente der indischen Politik wie die Shev Shena, denen gegenüber er an Radikalität nicht zurückstehen darf, um nicht die eigene Anhängerschaft an sie zu verlieren. Daß ihm im Kabinett das Portefeuille für Kaschmir anvertraut wurde, gibt ihm den Schlüssel in die Hand, um diese Feindbildstrategie wirksam voranzubringen.

In Pakistan steht die Regierung Sharif ihrerseits zunehmend unter dem Druck radikalerer nationalistischer und religiöser Elemente, die engste Verbindungen zu den Frontkämpfern in Kaschmir halten. Im nuklearen Kontext Südasiens entwickelt sich so eine äußerst explosive Dynamik.

## **Der atomare Rüstungswettlauf rollt an**

Die indischen Tests ändern die Parameter der regionalen Sicherheitspolitik in Südasiens und der internationalen Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik grundlegend. Nichts wird sein wie vorher. Es könnte eine Dynamik in Gang gesetzt werden, der die Machthaber in Neu Delhi als die Zauberlehrlinge des Jahrhunderts erscheinen läßt: "Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los...."

Indiens Nachbarn müssen nun damit rechnen, daß Indien in den nächsten Jahren ein flexibles und variantenreiches Arsenal in Dienst stellt; die Sprengkopf- und Raketenproduktion wird anlaufen. Einmal produziert, werden die Waffen auch stationiert werden.

Pakistan kann nicht umhin, zu reagieren. Das islamische Land ist Indien ohnedies in jeder Hinsicht unterlegen: an Land, Bevölkerung, Wirtschaftskraft und konventionellen Waffen. Pakistan betreibt einen von Kanada importierten Leistungsreaktor und einen Forschungsreaktor unter internationalen Kontrollen. Kern des Waffenprogramms sind eine Urankonversionsanlage und zwei Anreicherungsanlagen, die seit etwa 1987 Material für zwei bis drei Kernsprengsätze pro Jahr ergeben sollen. Islamabad experimentiert auch mit der Wiederaufarbeitung und mit Tritium, was auf Interesse an fusionsverstärkten Waffen hinweist. Pakistan hat nach eigenen und amerikanischen Angaben die Produktion von Waffuran seit den späten achtziger Jahren suspendiert. Die pakistanische Regierung hat sich bereiterklärt, zusammen mit Indien dem NVV beizutreten oder ein regionales oder bilaterales Arrangement für die Kernwaffenfreiheit des Subkontinents zu entwickeln.

Pakistan verfügt vermutlich über genug Spaltmaterial, um 15 - 30 Kernwaffen herzustellen. Das Land hat seine nuklearen Fähigkeiten nie in einem Test unter Beweis gestellt, aus Furcht vor internationalen Sanktionen und wohl auch, weil man in einem offenen atomaren Rüstungswettlauf mit Indien nicht mithalten könnte. Der indischen "Agni" setzt Pakistan eine jüngst über 1500 km getestete Rakete, die Ghauri, entgegen. In Südasiens wird sich ein vollständiger nuklearer Rüstungswettlauf entfalten unter wesentlich riskanteren Umständen als im Ost-West-Konflikt.

Daß beide Länder dazu überredet werden könnten, es bei den Tests zu belassen und keine Kernwaffen zu stationieren, ist eine Illusion. Die indische Testserie hatte gerade den Sinn, den Schritt über die Schwelle zu tun, damit man mit China gleichziehen und auf dem Subkontinent die Kernwaffe auch politisch nutzen kann. Der zügige Aufbau eines Arsenal liegt völlig in der Logik dieser Politik. Nach den Tests Pakistans ist es auch aus Sicherheitsgründen nicht vorstellbar, daß einer der beiden Staaten jetzt stehenbleibt. Die Gefahr, sich dadurch gegenüber dem Feind in einen tödlichen Nachteil drängen zu lassen, ist zu groß. Das wechselseitige Mißtrauen wird dafür sorgen, daß etwaige Versicherungen, man wolle nicht weiterrüsten, jeweils keinen Glauben finden werden: der nukleare Rüstungswettlauf rollt an.

Dieser Wettlauf wird vermutlich der Logik des "Gleichziehens" folgen. Indien wird versuchen, sich dem chinesischen Arsenal anzunähern. Pakistan wird danach streben, so weit wie möglich an den Indern "dranzubleiben". Dies spricht nicht für einen stabilen Endpunkt.

### **Kein Verlaß auf Abschreckung**

Der religiöse Fundamentalismus - hier islamisch, dort hinduistisch - ist zu einer bedeutenden politischen Kraft geworden; zum zwischenstaatlichen Konflikt tritt religiös bedingte Abneigung, ja, Haß. In beiden Ländern gibt es Probleme mit der politischen Stabilität, wirken separatistische Bewegungen, die vom jeweiligen Gegenpart großzügig unterstützt werden. Beide Regierungen stehen auf schwachen Füßen und nutzen den politischen Gegensatz, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf den Außenfeind zu lenken - eine gefährliche Gemengelage, in der sich jetzt auch noch fieberhafte nukleare Aufrüstungsaktivitäten entfalten.

Indien und Pakistan haben drei blutige Kriege gegeneinander geführt, 1948, 1965 und 1971. Das Feindbild ist auf beiden Seiten stark ausgeprägt und kann von Politikern instrumentalisiert werden. Es ist völlig idealistisch und geschichtsfern, in Südasien auf die Wirkungskraft eines Abschreckungssystems zu vertrauen. Wer glaubt, die Erfahrungen aus dem Ost-West-Konflikt ließen sich ohne weiteres verallgemeinern, beweist wenig Gespür für die historischen und regionalen Besonderheiten unter denen sich internationale Konflikte auf unserem Globus entwickeln. Der Ost-West-Konflikt hatte sicher eine machtpolitische und eine ideologische Dimension. Aber es fehlten einige der wesentlichen Faktoren, die in der Geschichte Konflikte zum blutigen Austrag getrieben haben: Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten hatten keine gemeinsame Landesgrenze und keinen territorialen Streit - der bestand nur zwischen diversen Klienten wie den beiden Deutschlands oder Koreas. Weder ethnische noch religiöse Antagonismen beschwerten das Verhältnis, auch gab es keine bösen Erfahrungen mit gegeneinander ausgetragenen Kriegen, im Gegenteil: Im zweiten Weltkrieg waren die beiden Supermächte Verbündete. Der "Kalte Krieg" war von seinen Ursachen her wirklich "kalt".

In Südasien hingegen stehen die Zeichen schlechter: territorialer Streit, eine Serie von blutigen Konflikten, religiöse Differenzen, die sich verschärfen, je mehr fundamentalistische politische Kräfte hier und dort Einfluß gewinnen; zudem eine massive interne Instabilität, die zur Mobilisierung externer Feindbilder geradezu einlädt. Pakistanische und indische Soldaten fechten auf den Höhen des Siachen-Gletschers immer wieder Grenzscharmützel aus - wer sich unter diesen Umständen darauf verlassen will, daß Kernwaffen auf beiden Seiten den Krieg verhindern und nicht etwa ein zusätzliches kriegstreibendes Element darstellen, frönt einem närrischen, unverantwortlichen Optimismus, geradezu einer nuklearen Theologie. Auf Abschreckung ist dort kein Verlaß: Ein regionaler Atomkrieg rückt in den Bereich des Möglichen.

Äußerungen des indischen Innenministers nach den Tests geben dieser Furcht weitere Nahrung. Minister Advani ist einer der schlimmsten Scharfmacher der Hindu-Partei und ein Drahtzieher hinter dem Sturm auf die Babri-Moschee von Ayodhya im Dezember 1992. Daß dieser Mann nun im Kabinett für die Kaschmir-Politik verantwortlich ist, zeigt den Kurs, den die BJP-Regierung zu steuern gedenkt. Er hat in drohenden Worten Pakistan jegliche Einmischung in die Kaschmir-Frage versagt und darauf hingewiesen, daß Indien jetzt Atommacht sei und sich die Verhältnisse damit grundsätzlich geändert hätten. Damit hat bereits wenige Tage nach den indischen Kernexplosionen - und noch lange bevor das Potential sich in eine tatsächlich operative nukleare Streitmacht umgesetzt hat - die indische Regierung begonnen, direkte nukleare Drohungen gegen den Nachbarn zu äußern.

Es ist also kein Rassismus, wenn man der nuklearen Abschreckung in dieser Region wesentlich weniger Chancen zumißt, den Konflikt einzudämmen. Und es muß auch gestattet sein, darauf hinzuweisen, daß in keinem der bisherigen Kernwaffenstaaten die Menschen nach den ersten Nukleartests spontan auf Straßen tanzten. Die Vorstellung, daß die Regierungen in Indien und Pakistan unter dem Druck dieses nuklearen Mobs stehen, ist jedenfalls alles andere als ermutigend.



## Die Folgen für Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

China bleibt von den Entwicklungen nicht unberührt. Es wird zu überlegen haben, ob es die beharrliche, aber doch relativ langsame Modernisierung seines atomaren Arsenalts beschleunigen und über die bisherigen Pläne hinausgehen muß. Chinas Planungen - die sich nur erschließen lassen, da die chinesische Regierung an der törichten Illusion festhält, mehr Transparenz könne der nationalen Sicherheit schaden - scheinen sich an dem "worst case" einer Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten auszurichten. Für diesen "schlimmsten Fall" will man über unverwundbare Zweitschlagskräfte verfügen, die auch nach einem nuklearen Schlag der USA noch in der Lage wären, Vergeltung zu üben und durch diese Drohung das ansonsten drastisch überlegene Washington von einem Erstschlag abschrecken könnten. Gegenwärtig verfügen die überalterten und sehr verwundbaren nuklearen Streitkräfte Chinas nicht über eine gesicherte Zweitschlagsfähigkeit. Mit der Entstehung eines nuklearen Rivalen mit fortgeschrittenen Waffensystemen an der Südostflanke ändert sich die strategische Lage Chinas. Ob die bisherigen Planungen ausreichen, um auch die sich dort zeigende Gefahr abzuwehren, liegt in der Entscheidung von Politikern und Militärs in Beijing. Diese Entscheidung wird wohl kaum fallen, bevor nicht völlig klar ist, in welche Richtung sich Indiens Atomstreitkräfte entwickeln. Solange wird China es sich jedoch vorbehalten wollen, quantitativ, unter Umständen aber auch qualitativ über das bisher Geplante hinauszugehen. Für diese "Wartezeit" ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die chinesische Führung den Teststoppvertrag ratifiziert. Entfaltet Indien sein nukleares Potential extensiv, ist auch Chinas Testmoratorium in Frage gestellt.

Solange China nicht ratifiziert, wird auch Rußland dies nicht tun. Sollte China wieder testen, wird Moskau unruhig. Gewinnen in Rußland die Stimmen für eine Wiederaufnahme der Tests an Gewicht, so sinkt der Stern des Teststopps auch in Washington: Keiner der drei Kernwaffenstaaten hat den Teststoppvertrag, der erst 1996 abgeschlossen wurde, bisher ratifiziert. In allen gibt es Kräfte, die lieber heute als morgen wieder den "Big Bang" durchführen wollen und denen die indische Aktion gerade recht kommt, um das Ratifikationsverfahren zu hintertreiben. Ehe die indischen Planungen klar werden - oder wenn sich herausstellt, daß Indien ein großes Potential anstrebt -, wird China auch nicht bereit sein, die eigenen Nuklearstreitkräfte verbindlich zu begrenzen. Von dieser Bereitschaft hängt jedoch letztlich die Zukunft des START-Prozesses ab. Für die Gegner von START II in der Duma dürfte die neue Entwicklung in Südasien und deren vermutliche Auswirkung auf China bereits jetzt ein zusätzliches Argument bieten, um diesen Vertrag abzulehnen. Die nukleare Abrüstung, ohnedies in rauher See, kann völlig zum Erliegen kommen.

Aber auch die Nichtverbreitung hat einen schweren Schlag erlitten. Daß Indien und Pakistan sich offen zu Kernwaffenstaaten entwickeln, untergräbt Norm und Wirksamkeit des Atomwaffensperrvertrags. Nachdem Pakistan Indien gefolgt ist, gewinnt die pro-atomare Fraktion in Teheran ein wichtiges Argument: Mit Pakistan hat man Streit wegen der Behandlung der schiitischen Minderheit und wegen des politischen Wettbewerbs in Afghanistan, wo Pakistan die Taliban, Iran die Gegenkoalition stützt. Innerhalb von Iran tobt ein "Kampf zweier Linien". Präsident Chatami möchte vorsichtig liberalisieren, ihm wird auch nachgesagt, in den tastenden iranischen Schritten zur Atomwaffe eher ein Risiko für das eigene Land als mögliche strategische Vorteile zu sehen. Sein wichtigster Gegenspieler, der geistliche Führer Khamenei hingegen möchte an der stark autoritären Regierungsform festhalten. Unter seinen Anhängern werden die stärksten Befürworter der iranischen Kernwaffe vermutet, die durch pakistanische Tests zweifellos Auftrieb erhalten haben. Wird ein iranisches Kernwaffenprogramm sichtbar, so werden die arabischen Länder und die Türkei nervös: Eine "Proliferationskette" droht in Gang zu kommen. Es wird außerordentlicher Anstrengungen bedürfen, diesen Prozeß einzuhegen.

Auch Nordkorea, wo man gerade angedeutet hat, sich den Stillhalteverpflichtungen aus dem amerikanisch-nordkoreanischen Abkommen entziehen und die Plutonium-Produktionsaktivitäten wieder anfahren zu wollen, wird man genau beobachten, ob Indien und Pakistan mit dem Bruch der internationalen Norm - wenn auch nicht einer Rechtsverpflichtung - davonkommen. Der Nichtverbreitungsvertrag ist damit von einem säkularen Erosionsprozeß bedroht, der dann auch unzufriedene Parteien dazu veranlassen könnte, das ohnedies sinkende Schiff mit Aplomb zu verlassen. Gerade haben die Vereinigten Staaten auf dem Vorbereitungsausschuß für die nächste Überprüfungskonferenz des Vertrages ein Beispiel dafür gegeben, wie man diesen Prozeß durch fahrlässige Diplomatie noch befördern kann. Die durchaus berechtigten Ansprüche der arabischen Staaten, über die 1995 verabschiedete

Nahostresolution, die alle Vertragsmitglieder und besonders die Depositarstaaten darauf verpflichtet, die Universalisierung des Vertrages gerade in dieser Region zu betreiben, wurden von den Vereinigten Staaten schroff zurückgewiesen: Die regionale Frage habe mit dem NVV nichts zu tun, die Nahostresolution sei eine einmalige Entschließung gewesen. Die arabischen Länder, die dem Vertrag ohnedies ambivalent gegenüberstehen, werden auf diese Weise noch mehr in die Opposition getrieben. Eine von dritter Seite ausgelöste Vertrags-Erosion birgt die Gefahr, daß in den arabischen Hauptstädten eine grundlegende Neubewertung der Vertragsmitgliedschaft vorgenommen wird.

## **Schritte zur Schadensbegrenzung**

Der Schaden ist getan. Zwar hört man aus Indien, man wolle Teile des Teststoppvertrages übernehmen (wie soll das gehen?) und sei auch bereit, über einen Vertrag zum Ende der Spaltstoffproduktion für Explosivzwecke zu verhandeln. Auch wird Gesprächsbereitschaft gegenüber Pakistan signalisiert. Im Kontext der Politik der BJP-Regierung ist dies Nebelwerferei. Die abrüstungsfreundlichen Schalmeienklänge aus Neu-Delhi, die das nukleare Getöse begleitet haben, bricht die verhängnisvolle Dynamik in Südasien nicht, sie zielt nur auf propagandistischen Punktegewinn. Wer sich jetzt darauf freut, daß Indien dem Teststopp vielleicht bald beitreten wird, übersieht eine wesentliche Frage: Was nutzt ein Vertrag, dem die entscheidenden Länder dann beitreten, wenn sie just das getan haben, was der Vertrag verhindern wollte? Ein Beitritt hilft auch nicht im mindesten, mit den politischen Risiken in Asien fertigzuwerden, er beseitigt die negativen Wirkungen auf die nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht. Der Beitritt schadet nichts, aber er nutzt auch wenig. Ein Placebo, das von den eigentlichen Gefahren ablenkt.

Die indische BJP-Regierung tat diesen verhängnisvollen Schritt ohne Not. Ein Sicherheitsproblem bestand für Indien nicht. Ein Motivationsmix von Weltmachtgeprotze und dem Versuch, innenpolitischen Gewinn durch den wirksamen Appell an chauvinistische Gefühle einzufahren, haben zu einer gravierenden Verschlechterung der regionalen Friedensaussichten und schweren Risiken für den weltweiten Abrüstungsprozeß geführt: ein schlagendes Beispiel für "die Torheit der Regierenden"!

Wenn überhaupt Schadensbegrenzung möglich sein kann, so muß sie durch entschiedene Schritte der Weltöffentlichkeit, insbesondere aber der führenden Staaten erreicht werden. Pakistan und Indien dürfen nicht noch belohnt und bevorzugt behandelt werden; das würde nur zur Nachahmung anregen. Vielmehr müssen sie für ihren Bruch einer internationalen Norm einen Preis zahlen. Dies ist auch dann sinnvoll, wenn kurzfristig keine Änderung in der Politik beider Regierungen erreicht wird und zunächst sogar Solidaritätseffekte in den jeweiligen Bevölkerungen eintreten. Längerfristig wird sich der Enthusiasmus legen, die Regierungen werden an ihren Leistungen gemessen werden. Vor allem ein Wechsel an der Spitze Indiens ist die Vorbedingung, daß das Schlimmste verhindert werden kann. Die Schwäche und Brüchigkeit der Regierungskoalition gibt Hoffnung, daß die BJP nicht ewig regieren wird. Versuche, Indien einzubinden, haben nur Sinn, wenn man es mit einer Regierung zu tun hat, die auf internationale Kooperation setzt, nicht auf Chauvinismus und Weltmachtgehebe. Nukleares Appeasement kann nicht in Frage kommen.

Jegliche Wirtschaftshilfe - in welcher Form auch immer - muß eingestellt werden, die der indischen oder der pakistanischen Regierung zugute kommt. Entwicklungshilfe, Militärhilfe, Investitionsgarantien, Zuwendungen und Kredite internationaler Entwicklungsbanken - all dies muß eingestellt werden. Angesichts der Notlage unserer eigenen öffentlichen Haushalte wäre es Hohn, einer Regierung, die glaubt, sich einen nuklearen Rüstungswetlauf leisten zu können, irgendwelche Subventionen zukommen zu lassen. Die Wirksamkeit solcher Sanktionen ist natürlich kurzfristig begrenzt. Längerfristig können sie jedoch folgenreicher sein, als es auf den ersten Blick erscheint. Vor allem die Aussicht, daß in Währungskrisen jedes "Rettungspaket" des Internationalen Währungsfonds durch eine Sperrminorität verhindert wird, kann die Währung eines Landes nachhaltig schwächen.

Hilfe an Nichtregierungsorganisationen, die nicht durch die Hände der indischen Bürokratie läuft, sollte hingegen weitergeführt, wenn nicht sogar verstärkt werden. Kontakte zu kooperationswilligen gesellschaftlichen und politischen Gruppen in Indien und Pakistan sollten verstärkt werden. Der

Machtpolitik der Regierenden muß mit vermehrten Anstrengungen begegnet werden, um die Zivilgesellschaft in beiden Ländern zu stärken.

Es wäre wünschenswert, daß die blockfreie Bewegung Indien und Pakistan - bislang dort eine Führungsmacht - aus ihren Reihen ausschließt. Nukleare Abrüstung war bis heute eines der einigenden Themen dieser Bewegung. Die südasiatischen Mächte haben sich im Grunde selbst aus der blockfreien Identität ausgeklinkt, und die übrigen Mitglieder sollten die Konsequenzen ziehen. Es kann damit gerechnet werden, daß Länder, die Indien seit langem kritisch gegenüberstanden wie etwa Südafrika, Schritte in diese Richtung erwägen werden.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen sollte eine Entschließung verabschieden, die den Willen der Staatenmehrheit deutlich macht, bei einer Reform der Vereinten Nationen keinesfalls einen weiteren Kernwaffenstaat als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats zuzulassen. Mit fünf Vertretern ist diese Staatengruppe momentan Oligopolist im VNSR. Damit wäre die klare Botschaft an Indien verbunden, daß die so sehr erwünschte politische Gleichstellung mit China oder den USA nur um den Preis der nuklearen Abrüstung zu haben ist.

Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sollten gemeinsam eine Sicherheitsgarantie für Süd-asien aussprechen, die der Helsinki-Schlußakte von 1975 entspricht: keine Grenzänderungen mit Gewalt. Während es scheinen könnte, daß eine solche Garantie Indien entgegenkäme - sie würde zunächst den Status Quo in Kaschmir bestätigen - so liefere sie doch dem unbeschränkten indischen Vormachtsanspruch auf dem Subkontinent entgegen. Der Sicherheitsrat würde deutlich machen, daß er in den elementaren Fragen regionaler Ordnung mitreden will. Und eine solche Sicherheitsgarantie würde der BJP eines der wichtigsten Ziele ihrer Politik versagen, nämlich gegenüber Pakistan ein atomares Erpressungspotential aufzubauen.

Nach den pakistanischen Tests wären nun auch entsprechende Sicherheitsgarantien an den Iran fällig unter der Bedingung, daß Teheran auf eigene Kernwaffen verzichtet. Die Anti-Iran-Politik der USA, die die Grenzen des Rationalen schon seit einiger Zeit überschreitet, bedürfte einer nachhaltigen Revision. Andernfalls wird man sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß der Atomwaffen-sperrvertrag uns unter den Händen zerbröckelt.

Zwischen den fünf etablierten Atommächten sollten strategische Gespräche mit dem Ziel begonnen werden, gemeinsam und nicht gegeneinander auf die neue Lage zu reagieren. Insbesondere Beijing sollte davon überzeugt werden, der Welt Klarheit über die eigenen Pläne zu verschaffen und anzuzeigen, unter welchen Umständen und im Rahmen welcher Parameter man bereit wäre, Begrenzungen des chinesischen Potentials zu akzeptieren.

Die USA und Rußland schließlich sollten den START-Prozeß zunächst unbeirrt fortsetzen. Auch die für START III in Aussicht genommenen Obergrenzen - 2000 bis 2500 Sprengköpfe auf beiden Seiten - werden von den neuen Entwicklungen zunächst nicht betroffen. Ein zielstrebiges Fortsetzen des Abrüstungsprozesses wäre das beste Gegenmittel gegen das nuklearstrategische Gift, das die BJP in Indien anrührt.

### **Schlußfolgerung: Kein Grund zum Optimismus**

Besteht die Hoffnung, daß diese Schritte wirklich unternommen werden? Bislang sehen die Aussichten düster aus. Der G-8 Gipfel war ein Markstein von Unentschlossenheit und politischer Muskelschwäche. Wirtschaftliche Interessen am großen indischen Markt, vielleicht sogar - auf russischer Seite - die Hoffnung auf ein strategisches Gegengewicht gegen China verhinderten ein einheitliches Vorgehen. Die indische Regierung regierte verständlicherweise mit Triumphgeschrei. Wenig später folgten die ersten Drohungen gegen Pakistan.

Vor allem von den USA wäre Führung gefordert. Wird die Weltmacht in der Lage dazu sein? Man muß zweifeln. Der Kongreß wird zwar mit Vergnügen Sanktionen verhängen, jedoch kaum bereit sein, das erforderliche "Zuckerbrot" in Form von Sicherheitsgarantien zu gewähren. Die abrüstungsfeindlichen "Neandertaler" im Senat werden den Anlaß nutzen, um weiterreichender Rüstungskontrolle zu

widerstehen - der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Helms, ist um nichts besser als seine indischen Kollegen von der BJP.

Die Weltpolitik ist in wenigen Tagen im Mai 1998 auf eine gefährliche, abschüssige Bahn geraten, an deren Ziel eine verschlechterte Lage zwischen den Großmächten, ein Ende der Rüstungskontrolle als Mittel internationaler Sicherheitspolitik und - als schlimmster Fall - ein regionaler Atomkrieg stehen kann. Außerordentliche Anstrengungen wären vonnöten, um dieser Entwicklung zu wehren, aber die politische Klasse der wichtigen Länder und die Medienöffentlichkeit reagieren weitgehend mit "business as usual". Das läßt nichts Gutes erwarten. Und weil dies so ist, wäre es nachlässig, sich nicht auf das Unvorstellbare einzustellen: Die Welt, vor allem die zuständigen Unterorganisationen der Vereinten Nationen, sollten Vorkehrungen treffen, mit den Folgen eines nuklearen Kriegs in Südasien umzugehen. Dazu zählt schnelle medizinische Hilfe für die womöglich betroffenen Nachbarn, die Bereitstellung von Dekontaminationstechnik und die Planung für den Wiederaufbau des Subkontinents vom "Tag danach" an.